

Verfalltag.

Obwohl nachstehende Ausführungen unseres **†** Mitarbeiters inzwischen durch die Ereignisse überholt worden sind, können sie uns doch der Wiederholung auch jetzt noch wert. Unser Gewährsmann äußerte sich unter dem 29. Mai wie folgt:

Die Reparationskommission selbst hat den 31. Mai zum entscheidenden Stichtag für die Reparationsfrage gemacht. Die Bedeutung freilich, die sie ihm zuerst gegeben hatte, hat er verloren, denn in den Bedingungen, die bis dahin von Deutschland erfüllt werden sollten, hat sich die ganze Grundlage verschoben. Deutschland mußte ablehnen, aber es hat eine andere Art der Erfüllung vorgeschlagen, und die Pariser Verhandlungen des Finanzministers Dr. Herzog haben dazu geführt, daß statt der beabsichtigten politischen Entscheidung wirtschaftliche Ergebnisse zu reifen begannen. So wenig die Konferenz von Genoa einen greifbaren Erfolg gebracht hat, so sehr hat sie doch andererseits auf die Stimmung in Frankreich gewirkt, daß man zweifeln könnte, ob ohne die Ereignisse in Genoa das Reparationsproblem sich so weit entwickelt hätte.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, war der deutsche Reichsfinanzminister bei seinen Pariser Verhandlungen an enge Anstrichungen gebunden, die zu einer inneren Krise zu führen drohten. Da die eingehenden Verhandlungen im Kabinett und vor dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages zum größten Teil vertraulich geblieben sind, läßt sich der Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsfinanzminister Dr. Herzog noch nicht in vollem Umfang übersehen. Er stammt wohl im Grunde daher, daß Dr. Brüning als früherer Finanzminister auch jetzt noch als Reichskanzler auf das Ressort des Dr. Herzog den führenden Einfluss ausüben will, zumal die Aufgaben dieses Ressorts die Grundlagen der gesamten deutschen Politik bilden. Persönliche Differenzen haben die Zustimmung ansehnlich beschleunigt, und wir waren nahe daran, in eine schwere Krise hineinzugeraten. Dr. Herzog hat in Paris Verpflichtungen übernommen zu müssen geglaubt, die zu ungeheuren Schwierigkeiten führen können, sobald der Marktverwertungs kein Regel vorgeschoben werden kann, und die bei der drohenden Lage jeden Augenblick zur Katastrophe führen können.

Dabei handelt es sich um den Stichtag für den deutschen Notenumlauf, den die Reparationskommission jetzt auf den 31. März 1922 festgelegt haben will, dergestalt, daß jede neue Notenausgabe danach durch Steuern gedeckt werden soll. Nur dadurch, daß bei dieser Regulierung die Summen für Reparationszwecke ausbleiben sollen, daß also unser inneres Budget in gewissem Umfang entlastet wird, erscheinen für den Augenblick diese Maßnahmen durchführbar. Es ist ein Versuch zur Lösung, bei dem die Möglichkeit des Erfolges nicht mehr Ausflucht hat, als die des Mißerfolges, und der unter Umständen freilich eine Katastrophe bedeuten würde, deren Umfang ganz unübersehbar ist. Die Spannung zwischen dem Notenumlauf vom 31. März und heute beträgt etwa 10 Milliarden, die zum Teil noch für Reparationszwecke verwendet werden müssen, infolgedessen nicht zu der Summe rechnen, die durch neue Steuern oder Steuererhöhungen aufgebracht werden müßte. Aber da die Anleihe noch nicht perfekt geworden ist, nicht einmal der Termin feststeht, zu dem sie die deutsche Wirtschaft augenblicklich entlasten könnte, sind die Bedenken des Reichskanzlers durchaus berechtigt.

Das Kompromiß, das zur Beseitigung der deutschen Krise vereinbart worden ist, ist die Rückfrage in Paris, ob nicht ein anderes Datum für die Neuauflage des Notenumlaufes festgelegt werden könnte. Es hat in seiner Wirkung keine große Bedeutung, da nach der Meinung von Dr. Herzog der deutsche Bankrott bei der Reparationskommission keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Mehrheit des Kabinetts scheint mit den Verhandlungen des Finanzministers einverstanden, der Reichspräsident hat vermittelt, das bringt aber die Krise hinweg. Indessen steht die Verpflichtung, zu der das Kabinett bereit ist, eine neue Erfüllungspolitik dar, die auf nicht viel festere Füße steht als die bisherige. Es ist das rechtfertigen lassen wird, ist heute noch nicht zu übersehen.

Rückfrage und Antwort.

In der Rückfrage, die das deutsche Kabinett nach Paris sandte, war vor allem davon die Rede, ob im Falle „höherer Gewalt“ eine Ausnahme von dem Verzicht auf die Be-

Um die Heimat.

Roman von Bruno Wagner.

(Nachdruck verboten.)

Da gab es eine große Umwälzung im Schulhause. Anfangs schien es, als ob alle Beteiligten davon Vorteil haben sollten. So ließ es Johannes sein, daß auch seine Nieschingschwester Anna aus dem Hause gegangen und so sehr ihm der arme Krüppel ans Herz gewachsen war, dem er immer ein neuer Bruder gewesen, so mußte er doch auch anerkennen, daß mit der Schwiegermutter eine andere Ordnung eingezogen war.

Es ging nämlich hier im Schulhause. Man holperte nicht behändig über Stein und Scherben und Eimer; und das Essen war schmackhafter. Auch der berühmte Kalbsbraten der Schwiegermutter hatte trotz des Protestes, den Johannes wegen der Kosten erhob, seinen Einzug gehalten. Man hatte freilich eine Kuhhufe nehmen müssen, ein kräftiges, eben der Schule entworfenes Mädchen, das jeden Tag ein paar Stunden kam, die große Arbeit machte, aufwusch und Wasser holte.

Da Frau Diestel monatlich eine kleine Pension an ihren Schwiegersohn zahlte, hatte man etwas mehr Haushaltsgeld. Davon sollte freilich alles, aber auch alles bestreiten werden; nicht nur Essen und Trinken, sondern für das Lehrerepaar auch Kleider und Schuhe. Und das wollte bei Karoline mehr bedeuten, als diese Worte sagten, — und was sonst zur Kostbarkeit des Lebens und des Geistes gehörte.

Schließlich mußte man doch auch zurücklegen für den Fall von Krankheiten und noch für eine andere Möglichkeit, auf die Frau Gesine Diestel ihre mütterliche Hoffnung setzte, während Karoline selbst mit Entsetzen abwehrte, wenn die Mutter zarte Andeutungen machte oder gar ungarige Fragen stellte.

„Rein, gottlob, so weit sind wir noch nicht!“ sagte sie dann heftig. „Wir haben Nichts kaum satt zu essen im Schulhause; und ich werde nicht genug alt und häßlich werden von diesem Leben.“

Erklärung neuen Papiergeldes zugestanden würde. Staatssekretär Bergmann hat in Paris mit einigen führenden Mitgliedern der Reparationskommission über die Frage gesprochen. Man erklärte es ihm gegenüber in Paris für selbstverständlich, daß „höhere Gewalt“ Ausnahmen rechtfertigen dürfte, aber man will nicht eine dementsprechende besondere „Klausel“ in die zu treffenden Vereinbarungen aufnehmen. Es wird also im wesentlichen bei den Abmachungen bleiben, die Hermet in Paris verabredet hatte.

Deutscher Reichstag.

(Aus der 23. Sitzung.)

Den ersten Punkt der Tagesordnung der heutigen Sitzung Den ersten Punkt der Tagesordnung der Sitzung bildete die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Verwendung von Wartegelempfängern.

Nach der Vorlage sind die Wartegelempfänger verpflichtet, jedes Amt im Reichsdienst zu übernehmen, das ihnen billigerweise zugewiesen werden kann. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll diese Verpflichtung erstrecken sich auf diejenigen Wartegelempfänger, die das 30. Lebensjahr vollendet haben. Diese sollen auf Antrag pensioniert werden.

Die Abgeordneten Schmidt-Dietlin (Deutschland) und Dr. Scholz (D. Volksp.) bekämpften die Vorlage wegen der Auslassung, daß die Wartegelempfänger gezwungen werden sollen, ein Amt anzunehmen, das dem früher von ihnen eingenommenen nicht gleichwertig ist.

Abg. Söllner (Soz.) trat für die Vorlage ein mit dem Bemerkten, das Deutsche Reich kann sich den Luxus nicht erlauben. Leute, die keine Arbeit leisten wollen, lebenslanglich für ihr Nichtstun mit ihrem vollen Beamtengehalt zu bezahlen. Darauf wurde die Vorlage in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Es folgte nunmehr die zweite Beratung des

Pensionsfürsorgegesetzes.

Nach den Ausschussbeschlüssen soll die Pension von Ruhegehaltsempfängern, die ein steuerbares Einkommen beziehen, um die Hälfte desjenigen Betrages gekürzt werden, um den das Arbeitsentkommen den Betrag von 6000 Mark übersteigt. Die Hälfte des Ruhegehaltes ausschließlich des Feuerungszuschusses muß jedoch den Ruhegehaltsempfängern verbleiben. Abg. v. Gollwitz (Deutschl.) erklärte sich gegen die Vorlage, da sie eine Verletzung der wohlverordneten Rechte der Beamten darstelle.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Volksp.) war aus ähnlichen Gründen gegen die Vorlage, die außerdem eine Verlesung des Reichstages bedeute, was angesichts der ablehnenden Haltung des Reichstages bedenklich sei. Der Redner begründete den Antrag seiner Parteifreunde, wonach den Ruhegehaltsempfängern mit Arbeitsentkommen immer die Hälfte des Ruhegehaltes einschließlich der Feuerungszuschüsse verbleiben soll.

Abg. Dr. Gollitz (Zentr.) bedauerte die ablehnende Haltung der Redner. 1912 habe der ganze Reichstag einmütig ein Gesetz im Sinne der heutigen Vorlage verlangt. Die große Mehrheit der Beamten hätte die Vorlage aus Gründen der Moral. Der Redner lehnte den Antrag Wunderlich ab.

Abg. Eichendorff (Soz.) trat gleichfalls für die Vorlage ein. Die breite Masse der Beamten würde durch das Gesetz nicht geschädigt, höchstens Pensionäre wie Lindendorff, der von der englischen Presse seine Ehre verlor.

Abg. Goll (Soz.) verlangte die Durchführung der Vorlage aus Gründen der Gerechtigkeit.

Der Antrag Dr. Wunderlich wurde darauf abgelehnt und die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und gleich darauf auch in dritter Beratung angenommen. Die Schlussabstimmung, die namentlich war, ergab 217 Stimmen für, 108 gegen die Vorlage bei einer Stimmenthaltung. Die Vorlage wurde also mit einfacher Mehrheit angenommen. Falls die Meinung der Redner, daß das Gesetz eine Verfassungswidrigkeit darstellt, sich bestätigt, ist die dazu erforderliche Zweidrittelmehrheit, die 218 Stimmen bedingt hätte, nicht erreicht. Zur Zweidrittelmehrheit hat eine Stimme gefehlt.

Das Gesetz über Entschädigung der Schiffe und Gewerke wurde alsdann dem Reichsausschuss übergeben. Weiter wurde eine Reihe bei der Haushaltsberatung zurückgelassener Titel und Entschädigungen nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Gegen die außer die Punkte wurde auch eine Entschädigung Dr. Sartorius (Zentr.) angenommen, die an die Landesregierungen des Erlaßes richtete, die Schulpolitik von allen parteipolitischen Einflüssen fernzuhalten.

Die Entschädigung der Deutschnationalen, die sich gegen die Getreidemenge richtet, wurde in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 136 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt, und zwar mit 191 gegen 137 Stimmen wurde die Entschädigung Hermann Müller (Soz.) auf Abwanderung von Getreide, Kartoffeln und Zucker. Die vom Ausschuss beantragte Entschädigung, durch die die rechtliche Sicherstellung einer genügenden Brotreserve unter Verbilligung des Brotpreises für Wintervermittlung gefordert wird, wurde mit 216 gegen 79 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der

Solche Äußerungen bekam Frau Diestel oft zu hören. Anfangs hatte sie die Tochter ausgelacht. Wie gut hatte die es hier! Ein hübsches Heim — die Einrichtung hatte ja auch Geld genug gekostet — ein sorgenfreies Leben und einen Mann, um den jeder die junge Frau beneiden konnte.

Wie war er verdrießlich, nie hatte er zu nützlich, wie andere Männer; und im ganzen Dorfe war er angesehen, ganz anders als sonst so oft die Schulreiter, wenn sie nicht versicherten, als im Wirtshause große Worte zu machen und an allem herumzumäkeln. Nein, von der Sorte war Johannes nicht. Aber auch kein Kopfstänger. Und sein Wort galt etwas bei den Bauern.

Darauf war Frau Diestel stolz. Daß Karoline sich darauf gar nichts machte, konnte sie nicht begreifen. Als sie aber erst ein paar Wochen da war, fing sie an, sich die Frage vorzulegen, ob da nicht noch etwas anderes im Hintergrunde stecken könne. Karoline war doch ein hübsches Mädchen gewesen. Jetzt stand sie oft lange Zeit am Fenster und sagte kein Wort, und wenn man sie anredete, hatte sie Tränen in den Augen.

„Ach, ich langweile mich hier so schrecklich,“ sagte sie dann wohl. „Den ganzen Tag sitz ich hier wie im Käfig. Es lohnt sich nicht einmal, sich ordentlich anzuziehen, denn es kommt ja kein Besuch ins Haus, — um die Bauern, die zu Johannes wollen und nach Tobak und Schweiß riechen und manchmal auch nach Kornschäpel.“

Frau Diestel nahm sich ihren Schwiegersohn vor. Der war sehr betroffen, als sie ihm sagte, er vernachlässige seine Frau. Tat er das, wirklich? Nun ja, in der Schulzeit hatte sie nichts von ihm; und morgens vor der Schule trank er seinen Kaffee allein, weil sie so früh nicht aufstand. Nach Tisch schlief sie, während er im Garten arbeitete. Und dann war der Nachmittagsunterricht. Hinterher aber ging er, wenn das Wetter gut war, mit ihr spazieren und ergötzte sie von den Schulkindern oder zeigte ihr die Schönheiten der Umgebung. Und dann, — ja, dann allerdings setzte er sich an die Arbeit, die er nur zur Abendzeit unterbrach. Erst spät in der Nacht ging er zur Ruhe. Seine Frau schlief meistens schon

Sammelmappe für bemerkenswerte Tages- und Beizergebnisse.

* Die Reparationskommission hat zugestanden, daß im Falle „höherer Gewalt“ Ausnahmen für die Herstellung neuer deutscher Banknoten bewilligt werden können.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages genehmigte das Wirtschaftsabkommen mit Polen über Oberschlesien und beriet die Reparationsfrage.

* Der Preussische Landtag hat sich bis zum 13. Juni vertagt.

* Poincaré hat erklärt, daß der deutschen Regierung über den 31. Mai hinaus eine Frist von zwei bis vier Wochen gegeben werden soll, um eine Verhandlung mit der Reparationskommission zu finden.

Ausschussantrag, der den Abschluß von Kartoffellieferungsverträgen fordert und sich gegen Zuckerverkäufe ins Ausland wendet.

Auf Antrag des Abg. Hergt (Deutschland) stellte der Präsenz fest, daß auch beim Gesetz über die Verwendung von Wartegelempfängern keine Zweidrittelmehrheit vorhanden war.

Fahrtpreiserhöhungen für Schüler, Lehrlinge, Kinder.

Die Ausschussanträge auf Fahrtpreiserhöhung für Schüler und Lehrlinge wurden angenommen. Ferner wurde angenommen eine Entschädigung des Abg. Koch-Weser (Zem.), wonach Kinder bis zum 6. Jahre frei und bis zum 14. Jahre Ermäßigung des Fahrtpreises um die Hälfte erhalten sollen.

Angenommen wurde ferner eine Entschädigung, wonach den Grenzschiffangehörigen von 1919 dieses Jahr als Kriegsjahr doppelt angerechnet werden soll. Die Annahme dieser Entschädigung geschah mit 156 gegen 146 Stimmen. Hieraus ging man zur

dritten Lesung des Reichshaushaltsplanes

über. Abg. Roenen (Komm.) erhob Einspruch dagegen, daß man den Reichshaushaltsplan in dritter Lesung in wenigen Stunden erledigen wolle. Abg. Koch-Weser (Zem.), wonach Kinder bis zum 6. Jahre frei und bis zum 14. Jahre Ermäßigung des Fahrtpreises um die Hälfte erhalten sollen. Angenommen wurde ferner eine Entschädigung, wonach den Grenzschiffangehörigen von 1919 dieses Jahr als Kriegsjahr doppelt angerechnet werden soll. Die Annahme dieser Entschädigung geschah mit 156 gegen 146 Stimmen. Hieraus ging man zur

Schließlich wurde der Etat in dritter Lesung angenommen.

Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. (Höhere Lohnforderungen im Buchdruckgewerbe.) Der in Berlin zusammengetrete Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker hat nach einer zweifelhafte Tagung die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die Gewerkschaft hatte für Monat Juni erhöhte Lohnforderungen gestellt. Die Prinzipalität machte den Vorschlag, die zum letztmalig Anfang Mai erhöhten Lohnsätze auch im Juni bestehen zu lassen. Da man sich nicht einigen konnte, waren die Verhandlungen zunächst gescheitert. In den Organisationen wird nunmehr darüber beraten, welche Schritte zu unternehmen sind. Es verläutert, daß Einigungsverhandlungen schwächen.

Berlin. (Zerfall der Zentralarbeitsgemeinschaft.) Der freigeberliche Bund technischer Arbeiter und Beamten (Zutab), die größte Organisation technischer Angestellten Deutschlands, hat sich auf seiner Generalversammlung gegen nur wenige Stimmen für den Austritt aus der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ ausgesprochen. Auch die Fortsetzung gemeinsamer Einigung der Arbeiter wurde beschlossen. Es hat eine starke Abtrittsbewegung zu den technischen Anwesenverbänden des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände, zum „Berufsverband deutscher Techniker“ und zum „Berufsverband deutscher Werkmeister“ eingeleitet.

Heidelberg. (Die Lage der Bankoberbeamten.) Auf der Hauptversammlung der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe, in der die Mehrheit der Oberbeamten im Bankgewerbe organisiert ist, nahmen Erörterungen über die materielle Lage der Oberbeamten einen breiten Raum ein. Zahlreiche Redner vertraten die Ansicht, daß die Vereinigung die alte Tradition der Gewerkschaften, keine reine Gehaltsbewegung zu sein, aufrechterhalten und die idealen Ziele nach wie vor verfolgen würde. Der Vorstand wurde beauftragt, in Verbindung mit den zuständigen Organisationen der Arbeitgeber einen Weg zu suchen, der unter Ausschaltung jeglicher Zertifizierung eine Anpassung der Gehälter an die jeweilige Leistung ermöglicht.

München. (Noch keine allgemeine Arbeitsaufnahme im Metallgewerbe.) In Nürnberg, Augsburg und Würzburg wurde nach Annahme des Schiedsspruchs durch die Arbeiter wieder gearbeitet. Die Mehrheit der Münchener Firmen weigerte sich, den Betrieb wieder aufzunehmen. Es sind dies die Bayersischen Motorenwerke, Bayersischen Hermann-Werke, Elektromotorenwerke, Süddeutsche Waggonfabrik, Krupp-Werke und weitere acht Betriebe.

seit einigen Stunden, wenn er kam. Das war so der Tageslauf.

Seine Schwiegermutter hatte vielleicht recht, wenn sie meinte, so eine junge Frau wolle ihre Zeitfreude haben. Er schlug ihr deswegen vor, Karolines Freundinnen aus Rabeburg einzuladen. Frau Diestel fand, daß das ein großartiger Gedanke wäre. Er sollte ihr nur die ganze Geschichte überlassen, und wegen der Kosten sollte er sich keine grauen Haare wachsen lassen. So viel konnte eine Schwiegermutter schon für ihre Kinder tun.

In einem Mittwoch nachmittag sollte das große Ereignis stattfinden. Da stand das Schulzimmer leer, und wenn man die Bänke und Tische beiseite räumte, hatten die jungen Mädchen sogar Platz zum Tanzen. Freilich, auf Herren mußten sie verzichten. Und so wurden denn die Einladungen angefertigt; und eines Tages fuhr Frau Diestel und Tochter nach Rabeburg, um alles Nötige einzukaufen. Johannes hatte zwar gemeint, man brauche doch die Rabeburger Geschäftskarte nicht zu übergeben. Er wunderte sich überhaupt, daß man wegen des höchsten Ausdrucks so viel Umstände machte.

Aber die Frauen stehen sich an und lachten. Johannes würde schon Augen machen! Und richtig, von Rabeburg kamen am Mittwoch, während Johannes in der Schule war, allerhand Herrschaften an. Der Frachtkutscher fuhr eine große Kiste vor, „Vorlicht! Glas!“, hand darauf zu legen. Und aus der Kiste trat in der Bretten Straße war ein besonderer Vorlicht, der den Blechfächer mit der Eisbombe und die runde Schachtel mit der Sorte brachte.

Am Mittwoch war Johannes nach Poggendorf gegangen, um dem jungen Baron, der nun so früh der Gutsheer geworden war, Stunden zu geben. Das war den Frauen heute recht angenehm. Denn bei einer Kaffeegesellschaft will man doch unter sich sein; der Mann braucht nicht gleich von vornherein dabei herumzusitzen. Frau Diestel hatte ihm sogar beim Fortgehen gesagt, er brauche sich gar nicht so sehr zu beeilen, er läme zum Selbst noch immer früh genug. Er hatte das natürlich für einen Scherz gehalten. (Fortsetzung folgt.)

